



Ivon und Hermann Arni Karle
 Das Ehepaar stellt den Maienhof
 ob Riehen auf Bio um
 BASEL-STADT 18

Hardturm-Stadion
 In der Stadt Zürich wird ein reines
 Fussballstadion gebaut
 INLAND 4

König Trauffer
 Der Pop-Sänger krönt
 sich im Hallenstadion
 KULTUR 30

Nach knappem Nein fordert die SP höhere Verbilligungen

Baselland Achtungsergebnis für die Prämien-
Initiative - SP bringt neuen Kompromiss ein

VON HANS-MARTIN JERMANN

Im Kanton Baselland wird die Belastung durch Krankenkassenprämien nicht auf 10 Prozent des Einkommens beschränkt. Die Stimmberechtigten haben eine Volksinitiative der SP abgelehnt; mit 45 708 zu 38 234 Stimmen und einem Nein-Anteil von 54,45 Prozent allerdings eher knapp. Die Mehrkosten hätten sich auf 75 Millionen Franken pro Jahr belaufen und wären parallel zu den Prämien gestiegen. Die hohen Kosten für den Kanton waren wohl der Hauptgrund für das Nein. Ebenfalls eine Rolle spielte, dass von den Verbilligungen Einkommen bis zu 120 000 Franken profitiert hätten.

Uneinig sind sich Befürworter und Gegner der Initiative, wie es nach der knappen Ablehnung der Initiative mit den Prämienverbilligungen weitergehen soll. Anton Lauber, zuständiger

Finanzdirektor und Gewinner des Abstimmungssonntags, verweist auf den Vorschlag der Regierung, die Prämienverbilligungen ab 2019 um jährlich 12 Millionen anzuheben. Für den unterlegenen SP-Präsidenten Adil Koller ist das zu wenig. Er fordert, dass zumindest die Kürzungen der Prämienverbilligungen seit 2010 vollständig zurückgenommen werden. Das wären dann 25 Millionen zusätzlich respektive 13 Millionen mehr als von der Regierung vorgeschlagen.

Überaus deutlich angenommen hat das Baselbieter Volk mit 65 536 zu 15 280 Stimmen und einem Ja-Anteil von 81,1 Prozent den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Wohnkosten-Initiative. Damit wird eine unbeabsichtigte Mehrbelastung von Wohneigentümern aufgehoben, die nach einem Bundesgerichtsurteil über unzulässig tiefe Einnahmewerte entstanden war. SEITE 21



ILLUSTRATION: SILVAN WEGMANN

ANALYSE zum Votum über die Selbstbestimmungsinitiative

Das Nein ist kein Freipass für das Rahmenabkommen mit der EU

VON DORIS KLECK

Das Ergebnis ist eine Schlappe für die SVP: 66,2 Prozent der Stimmbewohner sagten Nein zur Selbstbestimmungsinitiative. Trotz ungewohnt zahmen Plakaten konnte die SVP kaum über ihre eigene Wählerbasis hinaus mobilisieren und auch nicht in der Mitte punkten. Die grösste Partei der Schweiz vermag die Bevölkerung nicht für institutionelle Veränderungen zu gewinnen. Das war bereits früher so: Die Initiativen zur «Volkswahl des Bundesrates» und «Staatsverträge vors Volk» scheiterten mit Drei-Viertel-Mehrheiten.

Landesrecht vor Völkerrecht lautete das Ziel der Initiative. Die Bevölkerung erklärte dieser starren Forderung eine Absage. Sie gesteht dem Parlament bei der Umsetzung von völkerrechtswidrigen Initiativen damit eine gewisse Flexibilität zu, um pragmatische Lösungen zu finden. Genau so, wie es das Parlament bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative gemacht hat. In den Augen der SVP war dies eine «Nicht-Umsetzung». Sie brandmarkte die Parlamentarier als Verfassungsbrecher. Die Zuwanderungsinitiative wurde zum Hauptbeleg für die Notwendigkeit der Selbstbestimmungsinitiative. Doch dieser Furor verfringt nicht. Im Gegenteil: Man könnte das gestrige Nein auch als indirektes Ja zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative werten. Insofern war die Initiative für die SVP

ein Eigenziel. Sie startet geschwächt in ihre nächste Kampagne zur Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Gleichwohl: Erledigt ist das Thema Landes- und Völkerrecht mit dem gestrigen Entscheid nicht. Die Gegner der Initiative machten es sich zuweilen etwas gar einfach mit ihrem Gut-gegen-Böse-Schema. Der Abstimmungskampf kannte nur schwarz oder weiss. Dabei ist das Verhältnis zwischen Landes- und Völkerrecht keineswegs spannungsfrei. Internationale Verträge werden zahlreicher und wichtiger. Viele Probleme kennen keine Landesgrenzen, zum Beispiel die Migration, und die Wirtschaft lechzt geradezu nach internationalen Regulierungen. Für einen Kleinstaat wie die Schweiz ist die Maxime Recht vor Macht denn auch wichtig. Trotzdem hat die Vernetzung auch eine Kehrseite. Harvard-Ökonom Dani Rodrik spricht von einem Trilemma zwischen globalisierter Wirtschaft, dem Nationalstaat und der Demokratie. Nicht alles ist gemeinsam zu haben. Der Schweizer Staats- und Völkerrechtler Oliver Diggelmann sagt es so: «Die Substanz der Demokratie ist tendenziell dünner.»

Die Schweiz versucht Gegensteuer zu geben. Parlament und Volk haben mehr Mitsprache erhalten beim Abschluss völkerrechtlicher Verträge. Derzeit regelt das Parlament den Mechanismus für die Kündigung von Staatsverträgen; sie soll nicht mehr in der Kompetenz des Bundesrates liegen. Die aktuelle Debatte um den

UNO-Migrationspakt schliesslich ist Ausdruck davon, dass das Parlament in der Aussenpolitik mehr Mitbestimmung wünscht.

Die Selbstbestimmungsinitiative hatte inhaltlich keine Bewandtheit mit dem Migrationspakt - die vorläufige Nichtunterzeichnung war erfolgreiche Abstimmungspropaganda der SVP. Genauso verhält es sich beim Rahmenabkommen. Dennoch: Wenn der Bundesrat am nächsten Freitag den Vertrag über die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zur EU diskutiert, dann geht es um die immer gleiche Grundsatzfrage: Wie viel Souveränität ist die Schweiz bereit, abzugeben, um von den Vorzügen des EU-Binnenmarktes zu profitieren? Das Nein zur Selbstbestimmungsinitiative ist kein Freipass für die Befürworter des Rahmenabkommens. Sie war schlicht zu radikal. Zum Rahmenabkommen wird sich das Volk aber ohnehin äussern können. Und das ist gut so.

@ doris.kleck@chmedia.ch

DIE ABSTIMMUNGEN IM ÜBERBLICK

Selbstbestimmungsinitiative erzielt 33,8 Prozent Zustimmung: Seite 2/3
 Keine Chance hat auch die Hornkuhinitiative mit 45,3 Prozent Ja: Seite 4
 Das Volk segnet die Versicherungsdetektive mit 64,7 Prozent ab: Seite 5



Abstimmungen Basel-Stadt

Doppelte Niederlage für Gewerbeverband

Die grosse Abstimmungskampagne des Basler Gewerbeverbands gegen das neue Quartier Volta Nord nützte nichts. Nicht einmal 40 Prozent schafften die Gegner. Eine deutliche Niederlage. Gewerbeverband-Direktor Gabriel Barell zeigte sich zwar enttäuscht, aber nicht überrascht. Es sei eine David-gegen-Goliath-Situation gewesen zwischen seinem Verband und den SBB als Haupteigentümerin des Lysbüchel-Areals. Als grosser Sieger konnte sich gestern die Regierung

und vor allem Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP) feiern lassen. Das Resultat sei ein klares Ja zur Stadtentwicklung, so Wessels. Er bezeichnete die Abstimmung als wichtigstes Geschäft in dieser Legislatur.

Und auch bei der zweiten kantonalen Vorlage waren der Gewerbeverband und die bürgerlichen Parteien auf der Verliererseite. Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstagabend lehnte die Stimmbewölkerung deutlich ab. SEITE 17, 18

FC Basel

Ausgleich in der letzten Minute

Erst in der Nachspielzeit sicherte sich der FC Basel auswärts einen Punkt gegen den FC Luzern. Bereits in der 7. Minute traf Luzern-Stürmer Pascal Schürpf gegen seinen ehemaligen Verein. Der FCB tat sich in der Folge schwer, ins Spiel zu finden. Und hatte bei einem Foul von Taulant Xhaka Glück, dass er nicht während 60 Minuten mit einem Mann weniger agieren musste. In der 95. Minute war es dann Eray Cömert, der zum 1:1-Ausgleich traf. SEITE 16

EU stimmt zu

Der Brexit ist besiegelt

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben gestern den Austrittsvertrag mit Grossbritannien gebilligt. «Das ist ein trauriger Moment», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der nochmals sein Bedauern ausdrückte, eines der wichtigsten EU-Mitgliedsländer zu verlieren. Die in den Austrittsverhandlungen gefundene Vereinbarung sei «der bestmögliche Vertrag». Nun muss noch das britische Parlament zustimmen. SEITE 7